

N i e d e r s c h r i f t

Über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am, Montag, 20.09.2010,
Beginn: 18:30, Ende:20:10, Rathaus Brühl, Großer Sitzungssaal

Zur Beurkundung der Niederschriften

Das Gremium:

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Vorsitzender

Herrn Bürgermeister Dr. Ralf Göck

CDU

Frau Marina Fassner

Herr Robert Ganz

bis TOP 12

Herr Wolfram Gothe

Frau Eva Gredel

Herr Bernd Kieser

Herr Christian Mildenberger

Herr Wolfgang Reffert

Herr Uwe Schmitt

Frau Claudia Stauffer

Herr Michael Till

SPD

Herr Klaus Beß

Herr Kai Rill

ab TOP 11

Frau Gabriele Rösch

Herr Hans Zelt

FW

Herr Werner Fuchs

Herr Thomas Zoepke

GLB

Frau Ulrike Grüning

Herr Klaus Triebkorn

Verwaltung

Herr Hans Faulhaber

Herr Reiner Haas

Herr Robert Raquet

Schriftführer

Herr Lothar Ertl

Abwesend

SPD

Herr Hans Hufnagel
Herr Roland Schnepf

FW

Herr Jens Gredel
Frau Heidi Sennwitz

Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende fest dass

1. zu der Sitzung durch Ladung vom 13.09.2010 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am 17.09.2010 ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens 12 Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

TOP: 1 öffentlich

Bekanntgabe der Beschlüsse der letzten nichtöffentlichen Sitzung

1. In der letzten nichtöffentlichen Sitzung ist beschlossen worden, den Betreibern des Geothermiekraftwerks eine Ergänzungsvereinbarung über die Nutzung eines angrenzenden Grundstücks als Zwischenlager und anderes in Aussicht zu stellen. Mit dieser Ergänzung könne die Gemeinde eine Veröffentlichung wesentlicher Messergebnisse in Sachen Bodenbewegung, eine stichprobenartige Beweissicherung und eine kulante Schadensregulierung erreichen. Einzelheiten werden noch verhandelt und unterschrieben werden, wenn die Bohrgenehmigung komplett vorliege. Die komplette Stellungnahme ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.
2. In TOP 2 wurde außerdem beschlossen, weitere Grundstücke im Sanierungsgebiet Hauptstraße zu erwerben.

TOP: 2 öffentlich

Verabschiedung von Frau Pamela Betzold aus dem Gemeinderat

2010-0154

Pamela Betzold schied aus privaten Gründen rund 1 Jahr nach Amtsantritt aus dem Gemeinderat aus. Sowohl Bürgermeister Dr. Ralf Göck als auch Gabriele Rösch von der SPD-Fraktion erklärten ihr Bedauern. Laut Gabriele Rösch hat sie mit ihrem Gerechtigkeitsinn und ihrer Fähigkeit, auf andere zuzugehen, Brücken zu schlagen, die Arbeit im Gemeinderat bereichert.

TOP: 3 öffentlich

Gemeinderatsdienst - Nachrücken von Herrn Kai Rill in den Gemeinderat und seine Verpflichtung

2010-0155

Bei der Gemeinderatswahl am 07. Juni 2009 ist Frau Pamela Betzold auf dem Wahlvorschlag der SPD in den Gemeinderat gewählt worden. Frau Betzold ist wegen Verlust der Wählbarkeit (§ 28 GemO) mit Wirkung vom 15. Juli 2010 aus dem Gemeinderat ausgeschieden.

Aufgrund § 31 der Gemeindeordnung rückt der bei der Gemeinderatswahl am 07. Juni 2009 als nächster Ersatzkandidat der SPD festgestellte Bewerber

Kai Rill

Friedrichstraße 6

in den Gemeinderat nach.

Herr Rill hat mit Schreiben vom 28. Juli 2010 mitgeteilt, dass er bereit ist, das durch Ausscheiden der Gemeinderätin Pamela Betzold frei gewordene Amt als Mitglied des Gemeinderates der Gemeinde Brühl anzunehmen. Ihm sind keine Umstände bekannt, die ihn an der Übernahme des Amtes hindern.

Nachdem festgestellt ist, dass Hinderungsgründe im Sinne des § 29 der Gemeindeordnung nicht bestehen, wird der neue Gemeinderat durch den Bürgermeister öffentlich auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten verpflichtet.

Er weist ihn zunächst auf die Wichtigkeit und Bedeutung der Verpflichtung hin und belehrt ihn über die ihm aus der Übernahme des Amtes erwachsenden Pflichten. Sodann wird ihm die Verpflichtungsformel vorgelesen.

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das der Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Hierauf wurde dem Verpflichteten der Handschlag abgenommen.

TOP: 4 öffentlich
Bestellung der Mitglieder des Verwaltungsausschusses
2010-0156

Beschluss:

Im Wege der Einigung werden aufgrund § 40 der Gemeindeordnung zu Mitgliedern und Stellvertretern des beschließenden Verwaltungsausschusses bestellt:

	Ordentliche Mitglieder	Reihenfolge-Stellvertreter
CDU	Stauffer Claudia Kieser Bernd Reffert Wolfgang Till Michael Mildenberger Christian Gredel Eva	Gothe Wolfram Schmitt Uwe Ganz Robert Fassner Marina
SPD	Hufnagel Hans Schnepf Roland Beß Klaus	Rösch Gabriele Zelt Hans Rill Kai
FW	Zoepke Thomas Sennwitz Heidi	Fuchs Werner Gredel Jens
GLB	Grüning Ulrike	Tribskorn Klaus

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, aufgrund des Eintritts von Herrn Kai Rill in den Gemeinderat, den Verwaltungsausschuss innerhalb ihrer Fraktion, wie im Beschlussvorschlag aufgeführt, zu ändern.

Die Mitglieder eines beschließenden Ausschusses werden widerruflich bestellt. Der Gemeinderat kann jederzeit mit einfacher Mehrheit beschließen, dass ein beschließender Ausschuss neu gebildet wird, d.h. in seiner personellen Zusammensetzung geändert wird.

Der Gemeinderat kann jedoch nicht mehrheitlich beschließen, dass ein einzelner Gemeinderat durch einen anderen ersetzt wird. Er kann nur eine Neubildung beschließen.

Die Gemeindeordnung geht davon aus, dass über die Zusammensetzung der beschließenden Ausschüsse in der Regel Einigung erzielt wird. Kommt eine Einigung nicht zustande, werden die Mitglieder aufgrund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge bestellt.

TOP: 5 öffentlich

Bestellung der Mitglieder des Ausschusses für Technik und Umwelt

2010-0158

Beschluss:

Im Wege der Einigung werden aufgrund § 40 der Gemeindeordnung zu Mitgliedern und Stellvertretern des beschließenden Ausschusses für Technik und Umwelt bestellt:

	Ordentliche Mitglieder	Reihenfolge-Stellvertreter
CDU	Gothe Wolfram Kieser Bernd Gredel Eva Mildenberger Christian Schmitt Uwe Ganz Robert	Stauffer Claudia Till Michael Reffert Wolfgang Fassner Marina
SPD	Schnepf Roland Rösch Gabriele Zelt Hans	Hufnagel Hans Beß Klaus Rill Kai
FW	Fuchs Werner Gredel Jens	Zoepke Thomas Sennwitz Heidi
GLB	Tribskorn Klaus	Grüning Ulrike

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, aufgrund des Eintritts von Herrn Kai Rill in den Gemeinderat, den Ausschuss für Technik und Umwelt innerhalb ihrer Fraktion, wie im Beschlussvorschlag aufgeführt, zu ändern.

Die Mitglieder eines beschließenden Ausschusses werden widerruflich bestellt. Der Gemeinderat kann jederzeit mit einfacher Mehrheit beschließen, dass ein beschließender Ausschuss neu gebildet wird, d.h. in seiner personellen Zusammensetzung geändert wird. Der Gemeinderat kann jedoch nicht mehrheitlich beschließen, dass ein einzelner Gemeinderat durch einen anderen ersetzt wird. Er kann nur eine Neubildung beschließen.

Die Gemeindeordnung geht davon aus, dass über die Zusammensetzung der beschließenden Ausschüsse in der Regel Einigung erzielt wird. Kommt eine Einigung nicht zustande, werden die Mitglieder aufgrund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge bestellt.

TOP: 6 öffentlich

Bestellung der Mitglieder des Kultur-, Sport- und Partnerschaftsausschusses

2010-0157

Beschluss:

Im Wege der Einigung werden aufgrund § 40 der Gemeindeordnung zu Mitgliedern und Stellvertretern des beschließenden Kultur-, Sport- und Partnerschaftsausschusses bestellt:

	Ordentliche Mitglieder	Reihenfolge-Stellvertreter
CDU	Gothe Wolfram Reffert Wolfgang Till Michael Schmitt Uwe Stauffer Claudia Fassner Marina	Kieser Bernd Gredel Eva Mildenberger Christian Ganz Robert
SPD	Schnepf Roland Rösch Gabriele Rill Kai	Hufnagel Hans Beß Klaus Zelt Hans
FW	Sennwitz Heidi Fuchs Werner	Gredel Jens Zoepke Thomas
GLB	Grüning Ulrike	Tribskorn Klaus

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, aufgrund des Eintritts von Herrn Kai Rill in den Gemeinderat, den Ausschuss für Kultur-, Sport- und Partnerschaft innerhalb ihrer Fraktion, wie im Beschlussvorschlag aufgeführt, zu ändern.

Die Mitglieder eines beschließenden Ausschusses werden widerruflich bestellt. Der Gemeinderat kann jederzeit mit einfacher Mehrheit beschließen, dass ein beschließender Ausschuss neu gebildet wird, d.h. in seiner personellen Zusammensetzung geändert wird. Der Gemeinderat kann jedoch nicht mehrheitlich beschließen, dass ein einzelner Gemeinderat durch einen anderen ersetzt wird. Er kann nur eine Neubildung beschließen.

Die Gemeindeordnung geht davon aus, dass über die Zusammensetzung der beschließenden Ausschüsse in der Regel Einigung erzielt wird. Kommt eine Einigung nicht zustande, werden die Mitglieder aufgrund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge bestellt.

TOP: 7 öffentlich

Vertreter der Gemeinde Brühl in der Verbandsversammlung des Schulverbandes Bildungszentrum Brühl-Ketsch
2010-0159

Beschluss:

Als Stellvertreter von Frau Gabriele Rösch in der Verbandsversammlung des Schulverbandes wird

Herr Kai Rill

gewählt.

Die Gemeinde Brühl wird danach in der Verbandsversammlung wie folgt vertreten:

Vertreter/in	Stellvertreter/in
Gothe Wolfram	Mildenberger Christian
Gredel Eva	Till Michael
Rösch Gabriele	Rill Kai
Sennwitz Heidi	Zoepke Thomas

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	16
Enthaltungen	2

Gemeinderätin Pamela Betzold ist mit Ablauf des 15.07.2010 aus dem Gemeinderat und damit auch als Stellvertreterin von Frau Gabriele Rösch in der Verbandsversammlung des Schulverbandes ausgeschieden.

Die SPD stellt den Antrag, als Stellvertreter von Frau Rösch Herrn Kai Rill zu wählen.

TOP: 8 öffentlich
Besetzung des Kuratoriums für die katholischen Kindergärten
2010-0166

Beschluss:

Herr Kai Rill wird als Mitglied in das Kuratorium für die katholischen Kindergärten gewählt.

Die Gemeinde Brühl wird danach im Kuratorium wie folgt vertreten:

Bürgermeister Dr. Göck

Mitglied	Stellvertreter
Gredel Eva	Till Michael
Rill Kai	Zelt Hans

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	16
Enthaltungen	2

Gemeinderätin Pamela Betzold ist mit Ablauf des 15.07.2010 aus dem Gemeinderat und damit auch als Mitglied im Kuratorium für die katholischen Kindergärten ausgeschieden.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, Herrn Kai Rill als Mitglied zu wählen.

TOP: 9 öffentlich
Vertreter der Gemeinde Brühl in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes
Bezirk Schwetzingen
2010-0165

Beschluss:

Als Stellvertreter von Herrn Hans Zelt in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes wird

Herr Kai Rill

gewählt.

Die Gemeinde Brühl wird danach in der Verbandsversammlung wie folgt vertreten:

Bürgermeister Dr. Ralf Göck

Vertreter	Stellvertreter
Ganz Robert	Schmitt Uwe
Zelt Hans	Rill Kai

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	16
Enthaltungen	2

Gemeinderätin Pamela Betzold ist mit Ablauf des 15.07.2010 aus dem Gemeinderat und damit auch als Stellvertreter von Herrn Hans Zelt in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Bezirk Schwetzingen ausgeschieden.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, als Stellvertreter von Herrn Zelt Herrn Kai Rill zu wählen.

TOP: 10 öffentlich
Vertreter der Gemeinde Brühl in der Mitgliederversammlung der Volkshochschule
Bezirk Schwetzingen
2010-0163

Beschluss:

Als ordentlicher Vertreter in der Mitgliederversammlung der Volkshochschule Bezirk Schwetzingen wird

Herr Kai Rill

gewählt.

Die Gemeinde Brühl wird danach in der Mitgliederversammlung wie folgt vertreten:

Bürgermeister Dr. Ralf Göck

Vertreter	Stellvertreter
Till Michael	Kieser Bernd
Rill Kai	Zoepke Thomas

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	16
Enthaltungen	2

Gemeinderätin Pamela Betzold ist mit Ablauf des 15.07.2010 aus dem Gemeinderat und damit auch als Vertreterin in der Mitgliederversammlung der Volkshochschule Bezirk Schwetzingen ausgeschieden.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, als ordentlichen Vertreter Herrn Kai Rill zu wählen.

TOP: 11 öffentlich
Haushaltszwischenbericht 2010
2010-0149

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von dem Haushaltszwischenbericht Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Nach den sehr guten Jahren 2007 und 2008 mit verschiedenen Rekordergebnissen hat sich die Haushaltslage der Gemeinde in **2009** deutlich verschlechtert, im Verwaltungshaushalt (1,1 Mio€) und im Vermögenshaushalt (436 T€). Aus der geplanten positiven Zuführung an den Vermögenshaushalt von 1,079 Mio€ wurde eine Negativzuführung von 66 T€ Im Vermögenshaushalt war eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von 437 T€ vorgesehen, tatsächlich waren es dann 2,017 Mio€

Im Verwaltungshaushalt waren es hauptsächlich die Einnahmen aus Steuern und dem Finanzausgleich die in einer Höhe von ca. 2,2 Mio€ unter dem Ansatz lagen. Darin wiederum haben 3 Einzelansätze das schlechte Ergebnis verursacht:

	Hh-Ansatz €	Ergebnis €	Differenz €
Gewerbsteuer	1.900.000,00	690.808,85	-1.209.191,15
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	7.026.000,00	6.364.893,94	-661.106,06
Schlüsselzuweisungen vom Land	4.243.000,00	4.021.264,00	-221.736,00
			2.092.033,21

Im Vermögenshaushalt verbesserten sich die Einnahmen, ohne die Rücklagenentnahme, um ca. 66 T€. Die Hauptpositionen waren:

	Hh-Ansatz €	Ergebnis €	Differenz €
Sanierungszuschuss Umbau Festhalle	160.000,00	27.627,30	-132.372,70
Sanierungszuschuss Fassadensan. Rathaus	100.000,00	38.374,04	-61.625,96
Zusch. Ausfahrt Einkaufs-Zentr. Rennersw.	0,00	132.507,26	132.507,26
Verkauf v. Eigentumswohnungen	100.000,00	0,00	-100.000,00
Veräußerung unbebauter Grundstücke	250.000,00	640.259,87	390.259,87
Kredite von öff.Sonderrechnungen (KfW)	500.000,00	343.200,00	-156.800,00
			71.968,47

Die Ausgaben des Vermögenshaushaltes erhöhten sich, ohne die Negativzuführung an den Verwaltungshaushalt, ebenfalls. Von dem Erhöhungsbetrag von 502 T€ entfiel der Großteil auf die nachfolgenden Positionen:

	Hh-Ansatz €	Ergebnis €	Differenz €
Energetische Sanierung Gemeindekinder-G.	0,00	57.995,11	-57.995,11
Grundstückserwerb Sanierungsgebiet	150.000,00	0,00	150.000,00
Sanierung GWH Schwetzing Str. 10	0,00	30.073,33	-30.073,33
Fassadensanierung Rathaus	285.000,00	492.358,44	-207.358,44
Zuw. an Land Ausfahrt Einkaufszentr. Ren.	150.000,00	291.305,14	-141.305,14
Zuweisung an Kreisverkehrsplatz Rennersw.	95.000,00	0,00	95.000,00
Erwerb von bebauten Grundstücken	100.000,00	396.300,00	-296.300,00
Energetische San. GWH Nibelungenstr. 12	200.000,00	267.875,91	-67.875,91
Erwerb von unbebauten Grundstücken	150.000,00	64.977,65	85.022,35
			-470.885,58

Die vorgenannten Daten erforderten eine Rücklagenentnahme von 2,017 Mio€. Der Stand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2009 betrug danach 9,491 Mio€.

Die Zahlen des Haushaltsplanes **2010**, echte Einnahmen und Ausgaben ohne innere Verrechnungen, kalkulatorische Kosten (Abschreibung und Verzinsung) und ohne Zuführungsbuchungen sind nicht positiv, sie lauten:

	VerwaHh	VermöHh	GesHh
Einnahmen	19.136.300,00	2.246.000,00	21.382.300,00
Ausgaben	20.918.300,00	3.955.000,00	24.873.300,00
Differenz	-1.782.000,00	-1.709.000,00	-3.491.000,00

Die Einnahmen reichen also im Verwaltungshaus- und im Vermögenshaushalt nicht aus, die Ausgaben zu decken. Die Summe dieser beiden Negativbeträge (3.491 Mio€) wird, lt. Plan, aus der allgemeinen Rücklage entnommen werden müssen. Wenn das so unverändert käme, ergäbe sich also folgender Stand:

Allgemeine	Stand 31.12.2009	Entnahme lt. Plan	Stand 31.12.2010
Rücklage	9.490.759,73	-3.491.000,00	5.999.759,73

In der Haushaltsrechnung des laufenden Jahres 2010 zeigen sich jedoch wie jedes Jahr Veränderungen in positiver und negativer Richtung. Die Saldierung der Abweichungen ist dabei positiv. Es bestünde so gesehen aus heutiger Sicht keine Notwendigkeit, einen Nachtragshaushaltsplan zu erstellen. Warum dennoch ein Nachtragshaushalt vorgeschlagen wird, ist unter dem Punkt „Stand der Verschuldung“ kurz und ausführlicher im nächsten Tagesordnungspunkt erläutert.

Steuereinnahmen und Finanzausgleich

Nach den Mai-Steuerschätzungen wurden die Orientierungsdaten des Landes für die kommunalen Haushalte aktualisiert. Insbesondere der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird jetzt auf 3,7 Mrd€ für die Kommunen in Baden-Württemberg erwartet (vorher 3,6 Mrd€). Die Gewerbesteuer war aus Vorsichtsgründen von 1,9 Mio€ (2009) auf 1,25 Mio€ im laufenden Jahr reduziert worden. Der Zwischenstand Ende August weist ein voraussichtliches Jahresaufkommen von ca. 1,48 Mio€ aus.

Daraus resultiert auch eine Veränderung der Gewerbesteuerumlage. Einerseits steigt diese mit erhöhtem Aufkommen, andererseits wurde der im 4. Quartal 2009 zu viel gezahlte Betrag inzwischen erstattet. Zur Erinnerung: im 4. Quartal 2009 kam der starke Rückgang der Gewerbesteuer, die Umlage musste aber aufgrund der Zahlungsweise im Finanzausgleich wie im 3. Quartal abgeführt werden. Hier die Veränderungen:

Einnahmen	HhPI 2010 €	Aktualisiert €	Diff. €
Zuweisung zu den Ausbildungskosten			
Sachkostenbeitrag Schillerschule			
Gewerbesteuer Zwischenstand	1.250.000,00	1.480.000,00	230.000,00
Gemeindeanteil a. d. Einkommensteuer	5.748.000,00	5.908.000,00	160.000,00
Familienleistungsausgleich	599.000,00	674.000,00	75.000,00
Summe Einnahmen	7.597.000,00	8.062.000,00	465.000,00
Ausgaben			
Gewerbesteuerumlage	269.000,00	319.000,00	-50.000,00
Gewerbesteuerumlage (Erstattg. 4. Qu. 2009)	0,00	-275.000,00	275.000,00
Summe Ausgaben	269.000,00	44.000,00	225.000,00
Differenz	7.328.000,00	8.018.000,00	690.000,00

Sonstige Positionen im Verwaltungshaushalt

Im Verwaltungshaushalt sind doch die meisten Positionen noch im Fluss. Was sicher abzeichnet sind die nachfolgenden Veränderungen:

	Ansatz	Hh-Soll	Diff
Erstattung vom ZV Bezirk Schwetzingen	0,00	20.000,00	20.000,00
Zuweisung an den ZV Bezirk Schwetzingen	1.010.000,00	957.000,00	53.000,00
Zinseinnahmen von der Sparkasse	80.000,00	100.000,00	20.000,00
Zinseinnahmen von privaten Unternehmen	90.000,00	105.000,00	15.000,00
	1.180.000,00	1.182.000,00	108.000,00

Die Abrechnung des Zweckverbandes Bezirk Schwetzingen ist nicht abschätzbar, die angeforderte Umlage nur in ihrer Größenordnung, diese war auch schon mal höher als unser Haushaltsansatz. Der verzögerte Abfluss der Ausgaben, insbesondere des Vermögenshaushaltes, zusammen mit Zinseinnahmen die zum Teil noch aus 2009 kommen, lassen die Zinserträge des laufenden Jahres besser ausfallen.

Bei den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben dominieren regelmäßig die Ausgaben für Gebäudeunterhaltung und die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens. Es ergibt sich hier folgender Zwischenstand:

Stand: 31.08.2010	Ansatz	Ausgaben	Differenz
Gebäudeunterhaltung	721.700,00	336.118,80	385.581,20
	100%	47%	53%
Unterhaltung unbew. Vermögen	733.300,00	427.551,78	305.748,22
	100%	58%	42%
Summen	1.455.000,00	763.670,58	691.329,42
	100%	52%	48%

Diese Ausgabenstände können sich aber schnell noch erhöhen, eine Prognose, ob es hier evtl. zu Einsparungen kommt, kann derzeit noch nicht abgegeben werden.

Tatsächlich geringere Ausgaben als die Haushaltsansätze werden auch dieses Jahr wieder bei den sonstigen sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben erwartet (Beschaffungen, Gebäudebewirtschaftung, Fahrzeugunterhaltung, Veranstaltungen etc.). Die Größenordnung ist nicht bezifferbar, beim Gesamtumfang dieses Bereiches von über 4 Mio€ ist aber leicht ein sechsstelliger Betrag möglich.

Personalaufwand

Die Haushaltsansätze (insgesamt 5,3 Mio€) beim Personalaufwand entwickeln sich planmäßig. Das gilt sowohl für die Stammbeschäftigten als auch für Beschäftigten in geförderten Maßnahmen.

Ergebnis des Verwaltungshaushaltes

Der Verwaltungshaushalt des Haushaltsplanes 2010 weist eine Negativzuführung von 1,8 Mio€ aus. Die aufgezeigten Entwicklungen zeigen, dass es, insbesondere durch die Veränderungen im Bereich Steuern und Finanzausgleich, zu einer deutlichen Verbesserung und zu einem Unterschreiten der Millionengrenze kommen wird.

Vermögenshaushalt

Für Ausgaben des Vermögenshaushaltes stehen Mittel in Höhe von 5,086 Mio€ (Hh-Ansätze 3,955 Mio€ und Haushaltsreste vom Vorjahr 1,131 Mio) zur Verfügung. Der Mittelabfluss für den Vermögenshaushalt liegt bei ca. 2,4 Mio€, das sind ca. 47 %.

Die Maßnahmen des Vermögenshaushaltes sind jedoch grundsätzlich übertragbar. Somit werden die meisten der nicht verausgabten Mittel - sofern die Maßnahme nicht mit tatsächlichen Minderausgaben im laufenden Haushaltsjahr abgeschlossen wird - am Jahresende als Haushaltsreste ins nächste Jahr übertragen, was buchmäßig das laufende Haushaltsjahr belastet.

Heute schon absehbar ist, dass die Ausgaben für Grunderwerb, hauptsächlich im Sanierungsgebiet, deutlich ansteigen. Wenn alle vorgesehenen Maßnahmen auch umgesetzt werden, führt dies zu einer Überschreitung von ca. 600 T€. Auch die Planungsrate für die Schaffung weiterer Betreuungsplätze am Gemeindekindergarten und einzelne energetische Sanierungsmaßnahmen an Gemeindewohnhäusern waren zu knapp kalkuliert und die Ansätze werden überschritten.

Die Einnahmenseite des Vermögenshaushaltes sieht Einnahmen von 5,737 Mio€ vor, dazu kommen noch 150 T€ Einnahmenreste aus 2009, zusammen also 5,887 Mio€. Davon ist die Rücklagenentnahme in Höhe von 3,491 Mio€ abzuziehen. An echten Einnahmen werden also 2,396 Mio€ erwartet. Bis Ende August konnten hiervon ca. 944 T€ tatsächlich vereinnahmt werden. Auch mit Erlösen aus Grundstücksverkäufen sieht es derzeit noch nicht gut aus (Ansatz 500 T€, Ergebnis 294 T€). Es ist aber abzusehen, dass demnächst ein größeres Gemeindegrundstück in die Vermarktung geht, so dass der noch fehlende Betrag durchaus erreichbar ist.

Stand der Verschuldung

Wie in den Vorjahren sind auch im Jahr 2010 Einnahmen aus Krediten vorgesehen. Für zinsgünstige Darlehen der KfW wurden 500 T€ und 65 T€ für Kredite vom Kreditmarkt in den Haushaltsplan aufgenommen, zusätzlich stehen noch 50 T€ Einnahmerest aus 2009 zur Verfügung. Die Kredite werden für energetische Sanierungsmaßnahmen an Gemeindewohnhäusern gebraucht. Hier ist bei einer Maßnahme mit einer deutlichen Überschreitung zu rechnen. Hinzu kommt, dass auch die Planung für die Schaffung weiterer Betreuungsplätze am Gemeindekindergarten zügig vorwärts geht und die eingestellte Planungsrate überschritten wird.

Höherer Finanzbedarf für die energetischen Sanierungen und die zeitnahe Sicherung zinsgünstiger KfW Darlehen für Infrastrukturmaßnahmen führen also zu einem „Mini-Nachtragshaushalt“, in dem lediglich zwei Einnahmepositionen verändert werden.

Die Einnahmen aus Rücklagenentnahme wird vermindert, die Einnahmeposition „Kredit von öffentlichen Sonderrechnungen“ (KfW) wird dagegen erhöht (s. auch nachfolgenden Tagesordnungspunkt).

Der Schuldenstand der Gemeinde betrug Ende des Jahres 2009 ca. 865 T€, das sind ca. 61 € pro Kopf der Bevölkerung. In welcher Höhe die eingestellten Kreditaufnahmen tatsächlich abgerufen werden, steht noch nicht fest. Sicher ist aber, dass selbst bei Aufnahme aller Darlehensbeträge die Gemeinde Brühl in punkto Verschuldung immer noch weit unter dem Landesdurchschnitt von Gemeinden gleicher Größenklasse (345 € Kämmereihaushalt zzgl. 614 € Eigenbetriebe = 959 € je Einw.) liegt. Im übrigen handelt es sich im wesentlichen um zinsgünstige Darlehen.

Voraussichtliches Ergebnis der Jahresrechnung

Die absehbaren Verbesserungen im Verwaltungshaushalt werden das dortige Defizit deutlich verbessern. Im Vermögenshaushalt sieht es eher so aus, als wenn durch Grundstückskäufe und höhere Bauausgaben ca. 0,5 Mio€ mehr finanziert werden müssten. Aber alleine schon durch die geringere Negativzuführung wird die geplante Rücklagenentnahme von 3,5 Mio€ in dieser Höhe nicht kommen. Zusammen mit den erhöhten zinsgünstigen Darlehensaufnahmen sollte sich allenfalls ein 2 am Anfang der Rücklagenentnahme ergeben.

Liquidität

Die Zahlungsbereitschaft der Gemeindekasse ist stets gewährleistet, nicht benötigte Mittel sind als Geldanlagen angelegt.

Ausblick auf das Jahr 2011

Die Orientierungsdaten des Innen- und des Finanzministeriums zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung im Jahr 2011 (Haushaltserlass) liegen vor.

Auf der Basis der 2011-er Daten wurden die großen Einnahme- und Ausgabepositionen im Bereich Steuern und Finanzausgleich errechnet bzw. geschätzt (Anlage). Noch nicht bekannte Daten, wie die Zahlungen für die Sachkosten der Hauptschule und die Förderung Kindergarten- bzw. Kleinkindbetreuung, wurden dabei teilweise durch den gleichen Ansatz wie im Vorjahr egalisiert. Die dadurch sich ergebenden Ungenauigkeiten können jedoch außer Betracht bleiben, da die Ergebnisse auch so aussagekräftig genug sind.

Die Anlage macht es deutlich: die Einnahmen (grüne Linie) sind von 2008 auf 2009 (beides Ergebniszahlen) deutlich zurück gegangen und bleiben nach den Plänen 2010 und 2011 in etwa auf dem 2009-er Niveau.

Erfreulicher ist, dass die Ausgaben (rote Linie) die von 2007 bis 2010 gestiegen waren, jetzt erstmals sinken. Genauer gesagt, sinken die Finanzausgleichs- (-495 T€) und die Kreisumlage (-655 T€). Das ist das Ergebnis der schwachen Steuerkraft der Gemeinde im Bezugsjahr 2009. Die Situation bei den Ausgaben kann sich aber noch verändern. Je nachdem wie der Rhein-Neckar-Kreis den in 2010 um 1,9 % Prozent gesenkten Hebesatz der Kreisumlage in 2011 anpasst, profitieren oder verlieren die Kreisgemeinden. In Brühl bedeutet ein Prozentpunkt Veränderung in 2011 ca. 125 T€.

Die Gewerbesteuerumlage (54 T€) steigt gegenüber 2010, weil hier auch die Bezugsgröße, das Gewerbesteueraufkommen, steigt. Das ist zwar nicht sicher, aber der derzeitige Zwischenstand des laufenden Jahres von ca. 1,48 Mio€ und die sich besser als erwartet entwickelnden Konjunkturdaten geben Anlass dazu, hier positiv zu denken und beim Haushaltsansatz 2011 auf 1,5 Mio€ zu gehen.

Als Ergebnis macht die (blaue) Überschusslinie den Sprung auf ca. 7,24 Mio€, was einer Verbesserung um knapp 1,4 Mio€ entspricht. Diese Verbesserung ist aber auch dringend notwendig, ist doch lt. Plan 2010 ein Ausgleich des Verwaltungshaushalte durch den Vermögenshaushalt in Höhe von ca. 1,8 Mio€ notwendig. Wenn es also im Haushaltsplan-aufstellungsverfahren 2011 im sonstigen Einnahmen- und Ausgabenbereich des Verwaltungshaushaltes noch etwas besser läuft als in 2010, könnte es vielleicht zu einem ausgeglichenen Verwaltungshaushalt kommen.

Die derzeit absehbaren Rahmendaten sind erfreulicher, als es so kurz nach Ausbruch und Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise erwartet werden durfte. Auch wenn die Mittelanmeldungen der Ämter und Außenstellen der Gemeinde sowie die Fraktionsanträge für das Folgejahr noch nicht vorliegen, somit auch noch keine abschließende Einschätzung erfolgen kann, kann dem Haushaltsjahr 2011 ruhig entgegen gesehen werden. Der gute Rücklagenstand, die geringe Verschuldung, die gut unterhaltene und ausgebaute Infrastruktur der Gemeinde zusammen mit der sparsamen Wirtschaftsführung von Verwaltung und Gemeinderat bilden dafür eine gute Ausgangsposition.

TOP: 12 öffentlich
Nachtragshaushalt 2010
2010-0170

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die als Anlage beigefügte Nachtragshaushaltssatzung 2010.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Die Haushaltslage der Gemeinde erfordert nach den gesetzlichen Regelungen eigentlich keinen Nachtragshaushalt. Der Grund, die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2010 doch zu ändern liegt darin, dass für Investitionsmaßnahmen mehr zinsgünstige Darlehen der KfW eingesetzt werden sollen, als die Haushaltssatzung derzeit zulässt.

Es handelt sich insbesondere um die energetische Sanierung von Gemeindewohnhäusern und den Erweiterungsbau zur Schaffung weiterer Betreuungsplätze beim Gemeindekindergarten. Bei letzterem wird in 2010 zwar überwiegend geplant und voraussichtlich noch nicht gebaut, gleichwohl sagen die KfW Richtlinien, dass der Antrag auf Finanzierung von Investitionen im laufenden Haushaltsjahr - unabhängig vom Baubeginn – gestellt werden soll. Zur Beantragung von Darlehensmitteln, auch wenn es zinsgünstige KfW-Darlehen sind, ist eine ausreichende Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung notwendig. Diese wird mit dem Nachtragshaushalt geschaffen.

Natürlich könnte bei dieser Gelegenheit, die eine oder andere Haushaltsstelle auch an die veränderte Einnahmen- bzw. Ausgabenentwicklung im Jahresverlauf angepasst werden. Nachdem aber die summarische Betrachtung zeigt, dass die Veränderungen positiv sind und deswegen, wie schon gesagt, nach den gesetzlichen Regelungen keine Nachtragshaushalt erforderlich wird, beschränkt sich der vorliegende Nachtragshaushaltsplan darauf, die Kreditermächtigung zu erhöhen und die Rücklagenentnahme zu vermindern.

TOP: 13 öffentlich

Erweiterung im kommunalen Kindergarten "Haus der Kinder" und Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung

2010-0145

Beschluss:

Der Bedarfsplanung 2010/11 und Einrichtung von 2 weiteren Kleinkindgruppen wird zugestimmt.

Auf der Grundlage des Vorentwurfs sollen Bauantragsunterlagen gefertigt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Mit dem derzeitigen Angeboten von Kleinkindbetreuung in den konfessionellen und kommunalen Kindergärten sowie der Kindertagespflege liegt der Versorgungsgrad bei 31 v.H. der unter Dreijährigen.

Die mit dem Rhein-Neckar-Kreis abgestimmte Bedarfsplanung der Gemeinde sieht einen aktuellen Ausbaubedarf von weiteren 20 Plätzen für unter Dreijährige vor. Mit der Umsetzung der Planungen im kommunalen Kindergarten wird eine Ausbaquote von 38 v.H. erreicht und die Vorgaben nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) erfüllt.

Der Kommunalverband Jugend und Soziales hat auf der Grundlage der Lissabon-Strategie und einer Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugend - Instituts für den Rhein-Neckar-Kreis einen Ausbaubedarf von 42 v.H. ermittelt. Der Rhein-Neckar-Kreis wird von seinem Kreistyp her als ein hoch verdichteter Kreis eingestuft.

Beim Regierungspräsidium Karlsruhe wurde am 03.08.2010 Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Investitionsprogramm des Bundes „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 -2013“ in Höhe von €240.000,-- gestellt.

Durch das Jugendamt des Rhein-Neckar-Kreises wurde der Antrag befürwortet.

Entwicklung der Jahrgangszahlen:

Zahl der Kinder unter 3 Jahren

Stand 30.06.2010

		Jahrgangsstärken		
01.07.2007	30.06.2008	114	Kinder	3 Jahre
01.07.2008	30.06.2009	81	Kinder	2 Jahre
01.07.2009	30.06.2010	92	Kinder	0-1 Jahr
Gesamt		287	Kinder	

Zahl der Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren

Stand 30.06.2010

		Jahrgangsstärken		
01.07.2002	30.06.2003	107	Kinder	6 Jahre
01.07.2003	30.06.2004	117	Kinder	6 Jahre
01.07.2004	30.06.2005	99	Kinder	5 Jahre
01.07.2005	30.06.2006	96	Kinder	4 Jahre
01.07.2006	30.06.2007	100	Kinder	3 Jahre
Gesamt		519	Kinder	

Aktuelle Betreuungsangebote -Stand 01.10.2010

(Bei der Gruppenauslastung werden U3 Kinder, - außer Kleinkindgruppe – zweifach gerechnet)

Einrichtung	Gruppe	Betreuungsangebot	Plätze		vor- handen	belegt	
			U3	Ü3			
St. Bernhard	1	Verlängerte Öffnungszeiten		25	25	24	
	1	Verlängerte Öffnungszeiten	3	16	22	19	
	1	Verlängerte Öffnungszeiten	2	18	22	20	
	1	Ganztagsgruppe	2	16	20	18	
St. Lioba	1	Verlängerte Öffnungszeiten		25	25	20	
	1	Verlängerte Öffnungszeiten	2	19	23	21	
	1	Verlängerte Öffnungszeiten	3	16	22	19	
	1	Kleinkindgruppe	9		10	9	
St. Michael	1	Verlängerte Öffnungszeiten		25	25	24	
	1	Kleinkindgruppe	10		10	10	
	1	Verlängerte Öffnungszeiten	1	18	20	19	
	1	Verlängerte Öffnungszeiten		25	25	25	
Ev. Kindergarten Heiligenhag	1	Verlängerte Öffnungszeiten	3	18	22	21	(Überbelegt)
	1	Verlängerte Öffnungszeiten	2	20	22	22	(Überbelegt)
Ev. Kindergarten Kleine Strolche	1	Ganztagsgruppe	7	15	20	22	(Überbelegt)
	1	Verlängerte Öffnungszeiten		21	20	21	(Überbelegt)
	1	Kleinkindgruppe	10		10	10	
Haus der Kinder	1	Kleinkindgruppe	10		10	9	
	1	Verlängerte Öffnungszeiten		22	22	22	
	1	Verlängerte Öffnungszeiten		22	22	21	
Gesamt:			64	321	397	376	

Mit den Belegungszahlen wird dokumentiert, dass die Einrichtungen bereits zu Beginn des neuen Kindergartenjahres fast ausgelastet sind.

Die Eltern fragen vermehrt nach Plätzen für Kinder unter 3 Jahren mit längeren, flexibleren Betreuungszeiten. Dem wird durch die Einrichtung von 2 Kleinkindgruppen mit einer Wahlmöglichkeit bei der Betreuungszeit Rechnung getragen und gleichzeitig auch die Möglichkeit der Tagesbetreuung bei den 3-6 jährigen Kindern geschaffen.

Betreuungsangebote nach der Erweiterung im „Haus der Kinder“:

2 altersgemischte Gruppen	(2 bis 6 jährige Kinder)	7.30 bis 14.00 Uhr	44 Kinder
1 Kleinkindgruppe	(1 bis 3 jährige Kinder)	7.30 bis 14.00 Uhr	10 Kinder
1 Tagesstättengruppe	(1 bis 3 jährige Kinder)	7.30 bis 17.00 Uhr	10 Kinder
	Wahlmöglichkeit	7.30 bis 15.00 Uhr	10 Kinder
1 Tagesstättengruppe	(3 bis 6 jährige Kinder)	7.30 bis 17.00 Uhr	10 Kinder
	Wahlmöglichkeit	7.30 bis 15.00 Uhr	10 Kinder
5 Gruppen			74 Kinder

Erweiterungsbau:

Entsprechend dem vorgenannten Bedarf an Betreuungsangeboten ist es notwendig, zwei zusätzliche Gruppenräume für Kleinkindgruppen vorzuhalten.

Mit dem Bau von zwei Gruppenräumen als Anbau zum kommunalen Kindergarten „Haus der Kinder“ können für unter Dreijährige 20 weitere Betreuungsplätze geschaffen werden.

In der Sitzung des Gemeinderates vom 22.03.2010 wurde der Architekt Helmut Baur auf Grundlage der HOAI mit den Architektenleistungen zur Planung des Umbaus beauftragt.

Herr Baur hat in der Folgezeit verschiedene Varianten als Vorplanung erarbeitet, die gemeinsam mit der Kindergartenleitung und der Verwaltung weiterentwickelt und modifiziert wurden.

Grundlage der Planung bilden folgende Eckpunkte:

- Bau zweier neuer Gruppenräume mit zugehörigen Schlafräumen
- Zentral gelegene WC-Anlage und Küche für alle fünf Gruppen
- Optimierung des bestehenden Essbereiches
- Zusätzlicher Schlafräum für die bestehende Ganztagesgruppe
- Besprechungsraum, Personalraum sowie ein behindertengerechtes WC

Herr Baur wird dem Gremium in der Sitzung die bisher erarbeitete Vorplanung vorstellen und erläutern.

Der Anbau liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Brühl-Nord“, der in Teilbereichen des vorgesehenen Anbaus einen öffentlichen Kinderspielplatz vorsieht. Tatsächlich liegt in diesem Bereich der Außenspielplatz des Kindergartens wie auch ein kleiner öffentlicher Spielplatz.

Nach einer ersten Abstimmung mit dem Baurechtsamt wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass aufgrund der Festsetzungen des Bebauungsplanes keine Baugenehmigung für den Anbau in Aussicht gestellt werden könne, da hierbei die Grundzüge der (Bebauungs-) Planung verletzt würden.

Aus diesem Grund soll in der Sitzung des Gemeinderates am 18. Oktober 2010 der Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB gefasst werden.

Finanzierung:

Die Finanzierung der Erweiterung des Kindergartens kann mit einem zinsgünstigen Darlehen der KfW bzw. der L-Bank erfolgen.

Der Zinssatz orientiert sich am Kapitalmarkt und wird täglich angepasst. Derzeit beträgt er bei 10-jähr. Festschreibung ca. 2,3 %. Dieser Satz liegt über dem, der momentan für Geldanlagen bezahlt wird.

Die Verwaltung schlägt aber vor, sich diese günstige Finanzierung jetzt zu sichern und nicht darauf zu hoffen, dass die Kapitalmarktlage auch für nächsten 10 Jahre so günstig bleibt.

Hinzu kommt, dass auch für die anstehenden Haushaltsjahre mit einem weiteren Rückgang der allgemeinen Rücklage gerechnet wird.

Der Beschluss über die Darlehensaufnahme kann in einer der nächsten Sitzungen getroffen werden.

Zeitplan:

Bei optimalem Verlauf der Bebauungsplanänderung und dem Baugenehmigungsverfahren werden die Umbau- und Erweiterungsarbeiten im Frühjahr 2011 beginnen können. Während der Bauphase bleibt der Betrieb der Einrichtung aufrecht erhalten.

Die Inbetriebnahme der neuen Gruppen ist zum 01.01.2012 geplant.

Diskussionsbeitrag:

Bürgermeister Dr. Göck begründete anhand der Bedarfsplanung den Anbau von 2 weiteren Kleinkindgruppen im kommunalen Kindergarten „Haus der Kinder“. Die Jahrgangszahlen sind rückläufig und mit der Schaffung weiterer Plätze für Kinder unter 3 Jahren kann eine Versorgungsquote von nahezu 40 v.H. erreicht werden. Durch den Architekten Helmut Baur wurden Planentwürfe vorgestellt. Die geschätzten Kosten der Maßnahme belaufen sich auf rund 1,2 Mio. Euro.

Gemeinderätin Stauffer stellte für die Fraktion der CDU fest, dass mit der Maßnahme die Vorgaben des Tagesbetreuungsausbaugesetzes und des Kindergartenförderungsgesetzes umgesetzt werden. Nach der Schaffung von Angeboten in den konfessionellen Kindergärten erfolgt dies jetzt auch in der kommunalen Einrichtung und wird gleichzeitig eine Verbesserung beim Altbestand vorgenommen. Die guten Betreuungsangebote in dann allen Einrichtungen sowie der Mittagstisch werden begrüßt und der jetzt zu entscheidenden Maßnahme zugestimmt.

Für Gemeinderätin Rösch und die Fraktion der SPD wird der Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung ebenfalls zugestimmt. Mit der Schaffung weiterer Plätze für Kinder unter 3 Jahren und der Möglichkeit einer Tagesbetreuung wird den veränderten Interessen der Familien Rechnung getragen.

Gemeinderat Fuchs stimmt der Maßnahme und der Bedarfsplanung für die Fraktion der Freien Wähler ebenfalls zu. Er legt besonderen Wert darauf, dass der jetzt schon hohe Kostenrahmen eingehalten wird.

Für Gemeinderätin Grüning hat die Schaffung weiterer Angebote mit Essen und Schlafmöglichkeiten sowie einer flexiblen Betreuungszeit Priorität. Es sollte weiter geprüft werden, ob Kinder auch tageweise betreut werden können.

TOP: 14 öffentlich

Umbau und Erweiterung der Festhalle- Auftragsvergabe

2010-0167

Beschluss:

Nachfolgende Aufträge sollen erteilt werden:

Gewerk	Bieter	Auftragssumme
Trockenbauarbeiten	Fa. Lechnauer + Reuther GmbH, Lingenfeld	110.213,04 €
Fliesen- und Plattenarbeiten	Fa. Wolf GmbH, Ketsch	22.507,42 €
Naturwerksteinarbeiten	Fa. Harald Wüst GmbH, Hockenheim	45.822,91 €
Festsaal-Wandspiegel	Holzschuh + Böhringer, Fellbach	17.478,72 €

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Alle nachfolgende Gewerke wurden nach den Bestimmungen der VOB ausgeschrieben. Die zur Submission am 06.09.2010 vorgelegenen Angebote wurden von den Architekturbüros Schwien bzw. Waller + Krauß geprüft und gewertet. Folgende rechnerisch geprüfte (und gegebenenfalls korrigierte) Angebote liegen vor:

1. Trockenbauarbeiten:

Zum Eröffnungstermin lag von 6 verschickten Angeboten nur 1 gültiges Angebot vor:

Fa. Lechnauer + Reuther GmbH, Lingenfeld 110.213,04 €

In der Kostenberechnung waren 106.505,--€ veranschlagt.

Nach technischer und rechnerischer Prüfung ergab sich o.g. Auftragssumme. für den günstigsten Bieter. Es wird daher empfohlen, der Fa. Lechnauer + Reuter GmbH, Akustik und Innenausbau, Lingenfeld den Auftrag zu erteilen.

2. Fliesen- und Plattenarbeiten:

Fliesenfachgeschäft Wolf GmbH, Ketsch	22.507,42 €
Fa. Feige, Fliesenfachgeschäft, Brühl	23.354,49 €
Fa. Kai Rill Fliesen, Brühl	24.982,21 €

In der Kostenberechnung waren 21.000,-- € veranschlagt.

Nach Prüfung und Wertung der Angebote liegt das in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht annehmbarste Angebot von der Fa. Wolf GmbH aus Ketsch vor.
Es wird daher empfohlen, dieser Firma den Auftrag zu erteilen.

3. Naturwerksteinarbeiten:

Fa. Harald Wüst, Hockenheim	45.822,91 €
Fa. Rapp GmbH, Ketsch	66.739,96 €

In der Kostenberechnung waren 41.000,-- € veranschlagt.

Nach Prüfung und Wertung der Angebote liegt das in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht annehmbarste Angebot von der Fa. Wüst aus Hockenheim vor.
Es wird daher empfohlen, dieser Firma den Auftrag zu erteilen.

4. Festsaal-Wandspiegel:

Fa. Holzschuh + Böhringer, Fellbach	17.478,72 €
Fa. Hera Glas GmbH, Heidelberg	22.937,73 €
Fa. Universalprojekt, Hardheim	46.731,30 €

In der Kostenberechnung waren 33.320,-- € veranschlagt.

Nach Prüfung und Wertung der Angebote liegt das in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht annehmbarste Angebot von der Fa. Holzschuh + Böhringer aus Fellbach vor.
Es wird daher empfohlen, dieser Firma den Auftrag zu erteilen.

Die heutigen Vergabesummen in Höhe von insgesamt 196.022,09 € liegen damit noch im Rahmen des dem Gemeinderat im Februar 2010 vorgestellten Kostenrahmen.

Diskussionsbeitrag:

Nach kurzer Diskussion wurde dem Gemeinderat auf Anregung der CDU zugesagt, regelmäßig über den Baufortschritt und die Kostenentwicklung unterrichtet zu werden.

TOP: 15 öffentlich

GWH Rohrhofer Straße 7 und 7a - Dachsanierung -Vergabe Gerüstarbeiten DIN 18451, Klempnerarbeiten DIN 18339 und Dachdeckungsarbeiten DIN 18338

2010-0160

Beschluss:

1. Den Auftrag zur Ausführung der Gerüst-, Klempner- und Dachdeckungsarbeiten erhält die Firma Limmer, Dachdeckerbetrieb aus Ketsch zum Angebotspreis von 112.884,67 €
2. Der Gemeinderat stimmt der überplanmäßigen Ausgabe von ca. 55.000,00 € zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 30.11.2009 wurde beschlossen, dass die Gemeindewohnhäuser energetisch saniert werden sollen.

Bei der Sanierung werden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Dämmung Kellerdecke
- Dämmung oberste Geschoßdecke einschließlich Dachschrägen und Kniestock

Hiermit wird gemäß Energieberatung durch Herrn Damian der so genannte „kfw-Effizienzhaus 100“ (Neubaustandard) erreicht.

Die nachfolgenden Gewerke wurden nach den Bestimmungen der VOB beschränkt ausgeschrieben.

Gerüst-, Klempner- und Dachdeckungsarbeiten

Zum Submissionstermin am 24.08.2010 lagen vier Angebote mit nachfolgenden geprüften Angebotssummen (brutto) vor:

Fa. Limmer Dachdeckerbetrieb, Ketsch	112.884,67 €
Fa. Daub GmbH, Oftersheim	125.772,40 €
Fa. Böckmann, Brühl	132.427,49 €
Fa. Krupp, Hockenheim	141.348,66 €

Nach Prüfung und Wertung der Angebote hat die Fa. Limmer das wirtschaftlichste Angebot eingereicht.

Es wird daher empfohlen, dem Dachdeckerbetrieb Limmer den Auftrag zu erteilen.

Im Haushalt 2010 sind insgesamt ca. 95.000,00 € für die energetische Sanierung der Gemeindewohnhäuser Rohrhofer Str. 7 und 7a bereitgestellt worden.

Die Mehrkosten resultieren aus folgenden Gegebenheiten:

1. Gestiegene Einheitspreise auf Grund der anziehenden Konjunktur.
2. Erneuerung der mangelhaften Dachflächenfenster, deren Kosten nicht im Haushaltsansatz enthalten waren
3. Aufsparrendämmung, bei der Wärmebrücken ausgeschlossen werden können gegenüber der Dämmung zwischen den Sparren.
4. Im Ansatz von 95.000,00 € waren die Kosten zur inneren Verrechnung des eigenen Personals nicht berücksichtigt.

Die komplette Sanierungsmaßnahme wird von der kfw-Bank durch einen zinsverbilligten Kredit gefördert.

TOP: 16 öffentlich
Energetische Maßnahmen an der Straßenbeleuchtung - Konjunkturprogramm II,
Kategorie Infrastruktur
2010-0124

Beschluss:

Die EnBW erhält den Auftrag zum Austausch vorhandener Leuchten gegen energieeffiziente Leuchten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

In seiner Sitzung am 06.04.009 hat der Ausschuss für Technik und Umwelt einstimmig beschlossen, im Rahmen des Konjunkturprogrammes II vorhandene Leuchten gegen energieeffiziente Leuchten auszutauschen.

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms des Bundes stehen noch Mittel von 53.000,-- Euro zur Verfügung.

Der Gemeinderat hat bereits am 10.12.2007 beschlossen, beim Austausch von Leuchten den Typ Orbis zu verwenden.

Die EnBW bietet der Gemeinde den Leuchtentausch von 89 Stück Leuchten der Firma Wunsch, Typ Orbis 50/70 Watt zum Brutto-Betrag von 52.743,18 Euro an.

Im Austausch sollen hierfür 89 Stück Schuch-Pilzleuchten (bestückt mit 2 x 80 W. HQL) entfernt werden.

Vorgesehen ist der Austausch von Leuchten in der Fasanerie, 26 Stück Orbis Leuchten und im Gebiet Bäumelweg , 63 Stück Orbis Leuchten.

Vergleichbare attraktive Straßenleuchten mit energiesparender LED-Technik sind nicht auf dem Markt, bzw. bisher nur zu deutlich höheren Kosten zu erhalten.

Derzeit läuft ein zweiter LED-Versuch in Brühl, bei dem die Sporthalle der Jahnschule teilweise umgerüstet wird, um die Beleuchtungswerte richtig vergleichen zu können.

Diskussionsbeitrag:

Auf die Nachfrage von Gemeinderat Triebskorn erläuterte Bürgermeister Dr. Göck, dass die neuen Leuchenaufsätze mit entsprechenden Vorschaltgeräten ausgestattet werden.

TOP: 17 öffentlich
Informationen durch den Bürgermeister

TOP: 17.1 öffentlich
Werkrealschule

Aufgrund von Bürgeranfragen berichtete Bürgermeister Dr. Göck, dass man im Moment Gespräche mit der Gemeinde Ketsch über die Einrichtung einer Werkrealschule ab Schuljahr 2012/13 führe, die aber noch nicht abgeschlossen seien. Die beiden Hauptschulen sind einzülig und könnten daher allein nicht zu einer Werkrealschule „neuen Typs“ werden. Sollte diese Schulart in Ketsch errichtet werden, was sich eine Mehrheit des Brühler Gemeinderats vorstellen kann, würden Räume in der Schillerschule frei. Ob diese dann für die Kinder der Rohrhofschule genutzt würden, wie Schulleiterin Ric zur Bildung einer gut ausgestatteten Schwerpunktgrundschule einmal vorgeschlagen habe, sei noch nicht beschlossen. Die Stellungnahme des Bürgermeisters ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

TOP: 17.2 öffentlich
Bebauungsplan Gemeinde Ketsch

Die Gemeinde Ketsch hat ihren Bebauungsplan „Fünfvierteläcker“ der Gemeinde Brühl vorgelegt. Hier ist eine Wohnbebauung von 7,2 Hektar Richtung Brühl vorgesehen. Das Gebiet wird von der Mannheimer Straße und der Brühler Landstraße begrenzt und nach Brühl hin mit Pflanzstreifen abgegrenzt.

TOP: 17.3 öffentlich
Anfrage GR Rösch v. 19.07.2010 -Friedhof Rohrhof-

Auf die Frage von Gemeinderätin Rösch, ein privates Stelenfeld auf dem Friedhof Rohrhof anzulegen, berichtet der Bürgermeister, dass nach Rücksprache mit dem Bestattungsinstitut Gredel nur vereinzelte Nachfragen bestehen. Zudem gibt es ein Platzproblem. Trotzdem wird dies mit der Gärtnerei Brunner, die Mitglied in dieser Friedhofsgenossenschaft ist, besprochen.

TOP: 18 öffentlich
Fragen und Anregungen der Mitglieder des Gemeinderats

TOP: 18.1 öffentlich
Gemeinderätin Grüning

Sie möchte wissen, inwieweit der Gemeinderat aus Brühl am Bebauungsplanverfahren in Ketsch beteiligt werden kann.

Antwort des Bürgermeisters:

Hier gibt es für die Gemeinde nur Einflussmöglichkeiten, sofern Ausnahmen vorgesehen sind. Und das ist hier nicht der Fall.

TOP: 18.2 öffentlich
Gemeinderätin Grüning

Sie erteilte der Bauhofgärtnerei Lob für die schöne Blumenbepflanzung zwischen Brühl und Rohrhof.

TOP: 18.3 öffentlich
Gemeinderat Gothe

Er bemängelte kaputte Uhren im Eingangsbereich und beim Kiosk im Freibad und erinnert von Frau Rösch geforderte Liegen.

Antwort des Bürgermeisters:

Sie werden im kommenden Jahr angeschafft. Entsprechende Mittel sind im Haushaltsplan eingestellt.

TOP: 18.4 öffentlich
Gemeinderat Fuchs

Er schlägt eine Begehung des Friedhofes in Brühl mit der Verwaltung vor. Nach seiner Meinung sei der Friedhof derzeit kein Aushängeschild.

TOP: 18.5 öffentlich
Gemeinderat Tribskorn

Er erinnert an seine Anfragen hinsichtlich der Preisgestaltung bei der Kollerfähre und Maxx-Tickets für Bedürftige.

TOP: 18.6 öffentlich
Gemeinderätin Rösch

Sie möchte gerne in der Brühler Rundschau veröffentlicht haben, wer im Rathaus für Fernwärme zuständig ist.

TOP: 18.7 öffentlich
Gemeinderat Zelt

Er bat um Überprüfung zweier Baustellen in der Adlerstraße.

TOP: 19 öffentlich
Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

- Keine -